

Lodzer Volkszeitung

Nr. 111. Die „Lodzer Volkszeitung“ erscheint täglich morgens. In den Sonntagen wird die reichhaltig illustrierte Beilage „Volk und Zeit“ beigegeben. Abonnementspreis: monatlich mit Zustellung ins Haus und durch die Post Zl. 5.—, wöchentlich Zl. 1.25; Ausland: monatlich Zl. 8.—, jährlich Zl. 96.—. Einzelnummer 20 Groschen, Sonntags 35 Groschen.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Lodz, Betrikauer 109
Hof, links.
Telephon 36-90. Postcheckkonto 63.508
Geschäftsstunden von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends.
Sprechstunden des Schriftleiters täglich von 2.30 bis 3.30.

Anzeigenpreise: Die siebengefaltene Millimeterzeile 15 Groschen, im Text die dreifache Millimeterzeile 60 Groschen. Stellengesuche 50 Prozent, Stellenangebote 25 Prozent Rabatt. Vereinsnachrichten und Ankündigungen im Text für die Druckzeile 1.—. Plots; falls diesbezügliche Anzeige aufgegeben — gratis. Für das Ausland 100 Prozent Zuschlag.

Der 13. Mai und die Arbeitslosigkeit.

Eine bemerkenswerte Erklärung Brystors.

Gestern nachmittag versammelten sich vor dem Bureau des Warschauer Arbeitsamtes in der Chlodnastraße etwa 300 erwerbslose Schwerarbeiter und verlangten von dem Leiter des Bureaus in ganz kategorischer Form die Zuweisung von Arbeit oder die Genehmigung zur Ausreise nach Frankreich. Als aber der Leiter den Arbeitsuchenden erklärte, daß er ihnen zurzeit weder Arbeit verschaffen, noch die Genehmigung zur Ausreise nach Frankreich besorgen könne, begannen die Arbeiter laut zu lärmen. Daraufhin rief der Leiter des Arbeitsamtes das Arbeitsministerium an, was angesichts der Lage zu tun sei. Er erhielt den Bescheid, die Arbeiter einige Minuten aufzuhalten, da jemand vom Arbeitsministerium erscheinen wolle, um die Arbeitsuchenden zu beruhigen. Nach Verlauf einiger Minuten kam vor dem Bureau des Arbeitsamtes ein Auto angefahren, dem der neue Arbeitsminister Oberst

Brystor in Zivil entstieg. Der Minister versammelte alsbald die Erwerbslosen um sich und richtete an diese eine kurze Ansprache. In seinen Ausführungen ersuchte der Minister die Arbeiter, um Geduld und versicherte allen, daß bis zum 13. Mai d. J. alle Erwerbslosen Arbeit nachgewiesen erhalten würden. Eine Ausreise der Arbeiter nach Frankreich läme nicht in Frage, da das Reich die jungen Arbeiter nicht entbehren könne.

Die Arbeiter nahmen die Worte des Arbeitsministers mit skeptischen Gefühlen auf, gingen aber schließlich, die Versprechungen Brystors kommentierend, auseinander.

In politischen Kreisen werden die Ausführungen ebenfalls stark erörtert, um so mehr, als sie den Hinweis auf den 13. Mai — den 3. Jahrestag des Maiminsturzes — enthielten.

Die Abrüstungskonferenz.

Genf, 23. April. Die Vorbereitende Abrüstungskonferenz setzte am Dienstag in geheimer Sitzung die Aussprache über den chemischen und bakteriologischen Krieg fort. Graf Bernstorff erklärte in der Aussprache, die deutsche Regierung sei bereit, mit dem Verbot der chemischen und bakteriologischen Waffen soweit als nur irgendmöglich zu gehen. Es sei aber zweckmäßig, nicht nur die Anwendung, sondern auch die Vorbereitung des Gas- und Kampfstoffes zu verbieten. Die Durchführung des Verbots und das Vertrauen auf die Durchführung des Verbots werden in Frage gestellt, wenn die Staaten in Friedenszeiten Gas- und Kampfstoffe lagerten und die Truppen in der Anwendung der Gas- und Kampfstoffe auszubilden. Die deutsche Abordnung habe bereits früher das Verbot der Anwendung und des Lagerns von Gas- und Kampfstoffen vorgeschlagen. Graf Bernstorff drückte sodann sein Bedauern darüber

aus, daß ein französischer Antrag, der eine weitere Verschärfung der Konventionsbestimmungen über das Verbot des feindlichen Krieges enthalte, von diesen zurückgenommen worden sei unter Zustimmung der Mehrheit der Kommission. Er, Graf Bernstorff, schloß sich der amerikanischen Regierung an, daß die Konvention, wenn sie richtig ausgelegt werde, bereits das Verbot der Vorbereitung der Gas- und Kampfstoffe in Friedenszeiten in sich schließe. Es sei mit Treu und Glauben nicht vereinbar, wenn ein Staat sich verpflichtet, im Kriege nicht Gas- und Kampfstoffe anzuwenden, jedoch in Friedenszeiten solche Stoffe vorzubereiten und lagern. Graf Bernstorff schloß mit der Erklärung, er würde es für richtig halten, wenn derartige Auslegungen des Konventionsentwurfes dem Völkerbundrat und der Allgemeinen Abrüstungskonferenz zur Entscheidung vorgelegt werden würden.

Herr Bartel bekommt Mut.

Kurz vor seiner Auslandsreise erteilte Erministerpräsident Bartel einem Vertreter des Krakauer „N. A. C.“ ein Interview, in dem er sich an die Adresse der Konservativen aus dem Sanacja-Lager vom Schlags des Wilnaer Monarchisten Mackiewicz wie folgt äußerte:

„... Der Sejm besteht, lebt und arbeitet. Man kann ihn aus dem politischen Staatsleben nicht so leicht beseitigen, was meiner Meinung nach auch weder nötig noch nützlich ist. Dies können jedoch gewisse junge Leute aus Wilna nicht verstehen. Solch ein junger eingebildeter Mensch kann mit unerhörter Selbstverständlichkeit einen neuen Staatsstreich ankündigen. An solchen Staatsstreich fehlt es in seinem Tintensatz nicht. Er verkündet daher mit Leichtigkeit Staatsstreich, jedoch immer auf fremde Rechnungen. Ich muß feststellen, daß solch unbedenklichen Ankündigungen Polen mehr schaden als die Erhöhung des Disziplinarges durch die Bank Politi.“

Unserer Ansicht schadet Polen am meisten das Chaos von Begriffen und politischen Ansichten im Regierungslager selbst! Immerhin sei uns die bescheidene Frage gestattet, warum erst jetzt der Herr Erministerpräsident die Courage bekommen hat, so abfällig über die Konservativen aus dem Regierungslager zu urteilen? Zur Zeit seiner Ministerpräsidentenschaft hat er es zugelassen, daß das Wilnaer „Słowo“ mit einem neuen Staatsstreich drohen durfte, während Zeitungen der Linken von der Zensur unbarmherzig verfolgt und für den Nachdruck eines politischen Briefes beschlagnahmt wurden.

„Seid einig“.

Heute vormittag findet eine Vollversammlung der Vertreter des Regierungsblochs statt, in der u. a. auch Premierminister Dr. Switalski das Wort ergreifen soll. Der Vorsitzende der Fraktion des Regierungsblochs, Oberst

Slawek, wird versuchen, einen Ausgleich der in dem Lager der Partei zutage getretenen scharfen Gegensätze herbeizuführen, und wird seine Fraktionskämpfen zur „Einigkeit“ auffordern.

Ministerrat.

Die erste Sitzung des Ministerrats findet, wie aus Warschau berichtet wird, am Freitag, den 26. d. M., um 6 Uhr nachmittags, statt. Die Tagesordnung bildet eine Reihe laufender Angelegenheiten.

Audienzen im Schloß.

Warschau, 23. April. Der Herr Staatspräsident empfing heute um 11 Uhr vormittags den Bischof Szmaragdowski in Sachen der für die in den Grenzmarken Gefallenen zu errichtenden Gedenkstätte. Um 11.30 Uhr empfing der Staatspräsident den früheren Postminister Niedziński und um 12 Uhr mittags den Minister für Agrarreform Staniewicz.

Neuer polnischer Gesandter.

Der Staatspräsident hat ein Dekret über die Ernennung des bisherigen Leiters der Presse- und Propagandaabteilung im Außenministerium, Konrad Libicki, zum neuen polnischen Gesandten in Neval unterzeichnet.

Marke Woldemars.

Ein litauischer Armeebefehl, der kürzlich erlassen wurde, verbietet den litauischen Offizieren, Damen künftighin die Hand zu küssen. Ein einfacher Handschlag genüge vollkommen, denn die Sitte des Handschusses sei ein polnischer Kavaliärsbrauch, den auszuüben bei der polnischen Einstellung Litauen gegenüber zum allerwenigsten litauischen Offiziere gezieme.

Was nun?

Zum Scheitern der Pariser Sachverständigen-Konferenz.

Seit Donnerstagabend steht die Welt im Zeichen des Scheiterns der Pariser Sachverständigenkonferenz, die das überaus schwierige Problem von wirtschaftlicher Seite aus lösen sollte. Deutschland bot seinen Gläubigern während 37 Jahren pro Jahr 1850 Millionen Mark an, während seitens der Alliierten eine Jahresrate von 2360 Millionen während 37 Jahren und weitere 1700 Millionen während 21 Jahren gefordert wurden. Deutschlands Angebot wurde in einem Memorandum übermittelt, welches besonders darauf hinwies, daß die erstbezeichneten Leistungen nur eine Möglichkeit der Erfüllung bieten, wenn Deutschlands Wirtschaft weitere Expansionsfähigkeit geboten wird. In diesem Zusammenhang wurde auch auf den Versailler Friedensvertrag hingewiesen und vor allem darauf, daß durch die Trennung Ostpreußens vom Reich, die Wegnahme des Korridors und Oberschlesiens die deutsche Rohstoffbasis wesentlich eingeschränkt worden sei und Deutschland sich nur Ersatz durch koloniale Betätigung schaffen kann. Aus dieser Kennzeichnung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten Deutschlands faßte die französische Presse sofort die politischen Momente heraus und unterstrich, daß Deutschland über die Sachverständigenkonferenz hinaus eine Revision des Versailler Vertrages anstrebe, daß es die Reparationsleistungen mit politischen Forderungen verbunden habe und daß dadurch jede weitere Diskussion nicht mehr möglich ist. Gewiß haben die deutschen Delegierten unter Führung Dr. Schacht erklärt, daß die im Memorandum angegebenen Quoten endgültig seien und Deutschland darüber hinaus keine Konzessionen machen könne, wenn sie auch erfüllt werden sollen. Aber man war schließlich zu weiterem Verhandeln bereit.

Der Sonderauschuß unter dem Vorsitz des englischen Delegierten Lord Reelstoke stellte fest, daß eine Verständigung auf Grund des deutschen Vorschlages nicht möglich sei und ging auseinander; die Vollkonferenz sollte am Freitag einen Bericht über das Scheitern der Konferenz abfassen, was etwa fünf Tage in Anspruch nehmen sollte. Ohne den Schlußbericht abzuwarten, setzte nun wieder die Hebe der französischen Presse ein, die von der Regierung beeinflusst wird. Unglücklicherweise erlag der englische Delegierte am Freitag morgens einem Herzschlag, und der Tod Reelstokes brachte eine Verschiebung der Entscheidung. Es ist möglich, daß dieser tragische Fall dazu beitragen wird, daß man doch noch einen Ausweg sucht und schließlich eine Möglichkeit der weiteren Verhandlungen findet. Aber man darf daraus keine Folgerungen ziehen auf den Abschluß des Dawesvertrages, welcher gleichfalls kurz vor dem Scheitern geschlossen worden ist. Damals mußten die Schuldner unter dem Druck Amerikas nachgeben, heute ist die Situation anders, Amerika ist genügend durch seine eigene industrielle Spekulation oder Konjunktur beschäftigt und zeigt weniger Interesse für europäische Probleme und seine Wirtschaft. Der vielfach erwartete Nachspruch Amerikas in Paris ist denn auch während der ganzen Konferenz unterblieben und wird wohl auch jetzt kaum eintreten, zumal ja bereits amerikanische Stimmen vorliegen, die eine neue Konferenz zur günstigeren Zeit proponieren.

Die polnische Presse ist wieder daran, mit den heftigsten Vorwürfen gegen Deutschland aufzufahren. Gewissen polnischen Chauvinisten erscheint die Gelegenheit sehr günstig, um wiederum recht kräftige Reile in die sich anbahnende Verständigung zwischen Deutschland und Polen zu treiben. Sie verfolgen eine würdige Tradition der französischen Presse, die, regierungsseitig beeinflusst, auch die Pariser Konferenz und damit auch die deutsch-französische Verständigung hintertreibt.

Wie aus Berlin gemeldet wird, ist in der Kabinettsitzung von den Sachverständigen festgestellt worden, daß keinerlei politische, sondern nur wirtschaftliche Anregungen in dem Memorandum enthalten seien, ferner daß derjenige Teil des Memorandums, dem von anderer Seite politischer Charakter beigegeben worden ist, weder im Unterausschuß noch im Plenum erörtert wurde, sowie daß das Memorandum genau so wie die übrigen Memoranden als Diskussionsgrundlage dienen sollte.

Die Minister nahmen den Bericht entgegen und erklärten, daß sie auch weiterhin den Sachverständigen ihre unbedingte Verhandlungsfreiheit zu belassen wünschten.

Die Vollziehung des Sachverständigenausschusses.

Paris, 23. April. Ueber die Vollziehung des Sachverständigenausschusses von Dienstag vormittag wird folgende amtliche Mitteilung ausgegeben: „Dem Komitee wurde der Bericht des Unterausschusses der letzten Woche vorgelegt mit der Feststellung, daß über die Ziffern keine Einigung erzielt werden konnte. Der Bericht wird zu den Akten der Konferenz genommen. Darauf beschloß der Sachverständigenausschuß einstimmig, daß ein Unterausschuß gebildet werden soll, der den Auftrag hat, die Haupttrichtlinien, die in einem Bericht aufgenommen werden sollen, festzulegen. Dieser Unterausschuß soll aus den ersten Delegierten jeder Gruppe gebildet werden. Während der Beschäftigung mit den Fragen, über die bereits eine Einigung erzielt werden konnte, sollen von allen Gruppen gleichmäßige Anstrengungen gemacht werden, um auch über die Punkte zu einer Einigung zu gelangen, über die keine Verständigung erzielt wurde. Man erwartet, daß mit diesem Vorgehen nicht nur Zeit gespart wird, sondern daß man durch die Festlegung des Umfangs der erreichten Verständigung auch die Endausgabe des Komitees fördern wird. Die nächste Vollziehung wird innerhalb angemessener Zeit durch den Vorsitzenden einberufen werden.“

Außenminister Jaseki über Schachts Memorandum.

Außenminister Jaseki ist der Forderung der polnischen nationalistischen Presse nachgekommen und hat in einer Unterredung mit einem Vertreter der Polnischen Telegraphenagentur zu dem Memorandum des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht wie folgt Stellung genommen:

„Das Memorandum des Herrn Schacht ist mir nur aus den nicht verpflichtenden Pressewiedergaben bekannt. Wenn es nur darum ginge, sich vom politischen Gesichtspunkte aus dem — nach der Presse — aggressiven Memorandum entgegenzustellen, so würde ich über die aggressiven Projekte zur Tagesordnung übergehen, denn sie enthalten jeglicher realen Grundlage. Es gibt nämlich heute keine Regierung, die ernstlich die Frage einer Revision des Versailler Friedensvertrages prüfen wollte. Jeder politisch aufgeklärte Mensch kann sich mit Leichtigkeit die Folgen vorstellen, die der Versuch einer Revision des Versailler Vertrages nach sich ziehen mußte. Viel wichtiger in diesem Augenblick ist die Art des Verfahrens bei internationalen Auseinandersetzungen, wie sie von Herrn Schacht vertreten wird. Dieser Geist und die Methoden werden ernste Gefahren für die Zukunft. Dr. Schachts Auftreten stellt den Versuch einer Versteigerung der wichtigsten Rechte der Völker in klingende Münze dar. Wer in solcher Weise denkt, kehrt zu den Formen des Denkens aus der Vorkriegszeit zurück, die den Weltkrieg verursacht haben. Deshalb hat das Auftreten des deutschen Delegierten auch diese spontane und einmütige Verurteilung der ganzen Welt gefunden.“

Wir fürchten, Außenminister Jaseki hat sich zu sehr von der nationalistischen Presse drängen lassen. Er hat voreilig gehandelt, indem er Stellung zu einer Angelegenheit nahm, über die die widersprechendsten Meldungen vorliegen. Für einen Diplomaten ist es mitunter besser, wenn er sich größere Zurückhaltung auferlegt.

Ein Kommentar der „Epoka“.

Die halbamtliche „Epoka“ führt zu der Erklärung des Ministers Jaseki aus, daß Jaseki die Stellungnahme Polens klar und deutlich umrissen habe. Dadurch werde die einmütige Auffassung der ganzen polnischen Öffentlichkeit wiedergegeben, daß die finanziellen Probleme nicht mit politischen Fragen verknüpft werden dürfen und daß man von polnischen Gebieten nicht wie von Handelsobjekten sprechen dürfe. Wenn Deutschland seine wirtschaftliche Basis durch die Abtretung einiger Gebiete an Polen verengt fühle und seine Zahlungsfähigkeit dadurch vermindert sehe, dann gebe es dafür einen guten Rat: den Abschluß des Handelsvertrages mit Polen.

Wer wird Präsident der „Bank Polski“?

Die Befetzung des Postens eines Präsidenten der Bank Polski macht der Regierung nicht wenig Kopfzerbrechen. Es ist für die Regierung der „starke Hand“ geradezu verhängnisvoll, daß sich ihr in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise kein Wirtschaftspolitiker von Rang zur Verfügung stellen will. So mußte das Finanzministerium mit einem Obersten besetzt werden und der Posten eines

Deutsch-polnische Friedenskundgebung in Lodz.

Nach der ersten Kundgebung in Königsberg fand gestern abend im Saale der Philharmonie in Lodz die zweite deutsch-polnische Friedenskundgebung, veranstaltet von der polnischen und deutschen Liga für Menschenrechte statt. Und es muß vorweg gesagt werden: diese deutsch-polnische Veranstaltung in Lodz war eine großartige Manifestation für den Frieden. Der über tausend Personen fassende Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt und viele, viele fanden keinen Einlaß mehr. Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß all die Erschienenen fast ausnahmslos überzeugte Anhänger des Friedensgedankens gewesen sind, und waren es einige noch nicht, so werden sie es wahrscheinlich bestimmt geworden sein.

Die Kundgebung eröffnete mit einer Ansprache Abg. E. Zerbe, der auch die Leitung derselben inne hatte. Zu den Versammelten sprachen die Führer der Friedensbewegung in Deutschland und Polen: der ehemalige kaiserliche General Dr. Freiherr von Schönaich und Ministerialrat Falkenberg, deutscherseits, sowie Sejmabgeordneter Dr. Prager und der Vorsitzende des Vereins der Friedensfreunde in Polen Rechtsanwalt Dr. Lypaciewicz, polnischeits.

Die als Thema für die Neben aufgestellte Frage: „Droht Krieg zwischen Polen und Deutschland“ wurde von allen Rednern mit einem entschiedenen Nein beantwortet. Beide Länder seien wirtschaftlich aufeinander angewiesen und könnten sich nur in friedlichem Nebeneinanderleben ergänzen. Sichtbaren Eindruck machte das Auftreten des Generals von Schönaich, der sich hindurchgerungen hat und nun nach 37 jährigen aktiven Militärdienst dem völkerverfeindenden Frieden das Wort redet und mit aller Energie gegen die Kriegsbegehr auftritt. „Wenn Frank-

reich, Deutschland und Polen sich nicht zusammensuchen“, führte General von Schönaich aus, „so begehen sie alle drei Selbstmord. Insbesondere sind Deutschland und Polen aufeinander angewiesen. Sie haben nur die Wahl: entweder miteinander zu leben oder gemeinsam in den Abgrund zu taumeln.“ Wer darum heute von einem neuen Krieg sprechen wollte oder ihn anstrebe, der begeht ein Verbrechen an seinem Volke und der ganzen Welt.

Eine akute Kriegsgefahr bestehe gegenwärtig zwar nicht, doch solange es Grenzen gebe, ist ein Krieg nicht ausgeschlossen und früher oder später immer zu erwarten. Darum müsse jeder bewusste Pazifist für die völlige Abschaffung aller Grenzen eintreten. Denn auch gegenwärtig seien fast alle Staaten Europas mit ihren Grenzen unzufrieden. Eine Lösung aller dieser Grenzfragen könne jedoch nur auf dem Wege friedlicher Verständigung erfolgen, und wenn erst einmal die Pazifisten in allen Ländern die Oberhand gewinnen werden, so wird diese Verständigung sicherlich ohne größere Schwierigkeiten zustande kommen.

Eine Gewähr für den Frieden ist nicht allein die Abrüstung, sondern viel mehr die moralische Abrüstung. Denn wenn die Mehrheit der Bevölkerung in den Ländern vom Geiste des Pazifismus befeelt sein wird, wenn das Volk erst über den Köpfen ihrer Regierungen hinweg sich durchsetzen und den Gedanken des Friedens zu verwirklichen verfehen wird, dann ist für den Frieden keine Gefahr mehr vorhanden.

Die Ausführungen der einzelnen Redner wurden wiederholt von begeistertem Beifall der Zuhörer unterbrochen. Einen ausführlichen Bericht bringen wir morgen.

Ratstagung nicht in Madrid?

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ behauptet, es sei sehr unwahrscheinlich, daß die nächste Tagung des Völkerbunds in Juni in Madrid stattfinden werde. Als Grund für seine Behauptung gibt er an, daß einmal Demonstrationen spanischer Studenten zu befürchten seien, wodurch die Arbeiten der Delegierten außerordentlich gestört werden könnten. Dann aber müsse man wieder an die spanische Pressezensur denken, die den ausländischen Zeitungskorrespondenten ihre gewohnte Freiheit nehmen würde. Mehrere Regierungen sollen überdies den Standpunkt vertreten, daß eine Ratstagung unmöglich in einem so undemokratischen Lande wie Spanien stattfinden könne.

Die Regierungskrise in Oesterreich.

Wien, 23. April. Landeshauptmann Dr. Ender, der am Montag vom Christlichsozialen Klub zum Bundeskanzler vorgeschlagen worden war, hat, wie aus Innsbruck gemeldet wird, jetzt erklärt, daß er die Bundeskanzlerschaft nicht anstrebe. Diese Erklärung ist damit begründet, daß Frau Dr. Ender tatsächlich schwer krank ist und sich einer Operation unterziehen muß und daß es infolgedessen nicht feststehe, wenn Dr. Ender wieder in die Lage kommen werde, sich den politischen Geschäften voll zu widmen. Er hat infolgedessen seine Mission zurückgelegt, um nicht eine Verzögerung in der Krise zu verschulden. Auch hat Dr. Ender keinen Hehl daraus gemacht, daß er von vornherein nur sehr ungern die Kanzlerschaft übernommen hätte, und daß er die Mission auf Drängen der Christlichsozialen Partei angenommen habe.

Ein polnischer Diplomat verunglückt.

Der in Vertretung Matuszewskis die Budapester polnische Gesandtschaft leitende Geschäftsträger Lazarzi ist bei einem Automobilunfall zusammen mit einigen anderen Personen schwer verunglückt. Auf der Rückkehr von einem Ausflug in der Umgegend von Budapest fuhr das Auto, in dem sich Lazarzi, die Gräfin Marie Somossich, die Rechtsanwältin Laszlo und der Ministerialsekretär Ramil Szarossy Kapeller befanden, infolge Steuerbruchs in einen acht Meter tiefen Graben, sich zweimal überschlagend. Alle Fahrgäste wurden schwer verletzt nach einem Budapester Krankenhaus gebracht. Ministerialsekretär Szarossy Kapeller verstarb auf dem Wege nach dem Krankenhaus infolge der erlittenen Verletzungen.

Kurze Nachrichten.

33 rumänische Kommunisten verhaftet. In der Gemeinde Skioğlu in Bessarabien ist eine kommunistische Verschwörung aufgedeckt worden. 33 Personen wurden verhaftet.

Auch ein „Metord“. Aus Wien wird berichtet: Der Barpianist Peza Ledowski hat am Sonntag den Weltrekord im Dauerklavierspiel gebrochen, indem er mehr als 75 Stunden ohne Unterbrechung gespielt hat. Er hat ohne Ohnmachtsanfall, ohne Einspritzung und ohne Pause durchgehalten. Er bekam Krämpfe, Blaufärbungen und Schwindel.

Furchtbare Orkansschäden.

Tokio, 23. April. Am Dienstag wütete in den Mittagsstunden ein Orkan erneut über ganz Japan. Besonders großer Schaden wurde in dem japanischen Hafen Sakaki angerichtet. Ein japanisches Schulschiff mit 100 Schülern wird vermisst. Es besteht die Möglichkeit, daß es im Orkan unterging. In Sakaki sind 700 Häuser eingestürzt. Mehrere tausend Menschen wurden obdachlos. Ein japanischer Panzerkreuzer, der in Sakaki stand, hat ein Rettungsboot mit 27 Mann verloren. Ueber das Schicksal des verlorenen Bootes konnte noch nichts in Erfahrung gebracht werden.

Tokio, 23. April. Montag Nacht ist bei der japanischen Insel Hokkaido der japanische Dampfer „Toshiki Maru“ auf einen Felsen aufgelaufen und gesunken. Nach amtlicher Darstellung sind 114 Fahrgäste ertrunken, 69 wurden gerettet. Die japanischen Kriegsschiffe bemühten sich bei heftigem Sturm noch irgendwelche Lebenden aus dem Wasser zu ziehen, doch mußten die Rettungsarbeiten wegen des zu starken Sturmes vorläufig eingestellt werden. Die meisten Fahrgäste sind Arbeiter, die zu ihren Arbeitsstätten in der japanischen Erdölkonzeption Kamishatta fahren. Der Kapitän des Schiffes, der von seinen Matrosen gerettet wurde, hat sich erschossen.

Tagesneuigkeiten.

Die Wirtschaftskreise fordern Steuererleichterungen.

Die Finanzbehörden sind in der letzten Zeit von den Kaufmanns- und Industriellenkreisen darauf aufmerksam gemacht worden, daß die gegenwärtige Lage weitgehende Erleichterungen bei der Entrichtung der Steuern erfordere. Im Finanzministerium ist eine eingehende Denkschrift eingelaufen, die hierauf Bezug nimmt und in der die Industriellen die Verlängerung aller Raten der Umsatzsteuer bis zum 15. August verlangen, und zwar derart, daß der erste Teil am 15. Mai und der zweite am 15. Juni entrichtet wird. Außerdem verlangen die Industriellen die Zerlegung der Einkommensteuer. Bei Aktiengesellschaften und Großunternehmen entfallen sehr hohe Summen auf die Steuer. Wegen Bargeldmangels seien selbst die reichsten Firmen nicht imstande, die volle Steuersumme zu entrichten und hätten um Zerlegung der Einkommensteuer derart, daß bei der Einreichung der Erklärungen die Hälfte der sofort zahlbaren Steuer in Raten auf einen Zeitraum von sechs Monaten zerlegt werde. (p)

Vergrößerung des Machtbereichs der Leiter der Finanzämter.

Die Leiter der Finanzämter sind in ihrer Tätigkeit auf dem Gebiete des Steuerwesens sehr beschränkt. Dies hat in vielen Fällen zur Folge, daß sich die interessierten Personen an den Vorsitzenden der Finanzkammer und selbst an das Ministerium wenden, obgleich die betreffende Angelegenheit sich in der ersten Instanz erledigen ließe. Diese Frage soll in den nächsten Tagen einer Revision unterzogen werden. Und zwar soll eine Verordnung des Finanzministeriums herausgegeben werden, durch die den Leitern der Finanzämter größere Machtbefugnisse erhalten. Die neue Verordnung will das Finanzamt und das Ministerium entlasten und den Steuerzahlern eine Erleichterung schaffen, da die Leiter der Finanzämter selbständig werden entscheiden können. (p)

Die Arbeitslosigkeit im Lodzer Industriebezirk.

Im Bereich des Lodzer Arbeitsvermittlungsamtes waren am 20. April d. J. 25 358 Arbeitslose registriert. Davon entfallen auf die Stadt Lodz 17 481 Arbeitslose, Pabianice — 2087, Zgierz — 2492, Zdunsta-Wola — 746, Tomaszów — 1937, Konstantynów — 117, Aleksandrow — 146, Ruda-Pabianicka — 352. Unterstützungen haben in der vergangenen Woche 16 700 Personen bezogen, und zwar 16 255 ordentliche Unterstützungen aus dem Arbeitslosenfonds und 445 außerordentliche Unterstützungen aus dem Staatsfonds. In Lodz wurden an 12 618 Arbeitslose Unterstützungen ausbezahlt. Außerdem bezogen 119 Kopfarbeiter außerordentliche Unterstützungen. In der vergangenen Woche haben in Lodz 920 Personen die Arbeit verloren, während 778 Arbeitslosen Arbeit verschafft werden konnte. Das Arbeitsvermittlungsamts verfügt über 26 freie Stellen für Arbeiter verschiedener Berufe.

Die Registrierung der Ausländer.

Heute haben sich in der Stadtkassette in der Ksinskigo 152 die in Lodz wohnenden Ausländer zu melden, deren Namen mit dem Buchstaben A beginnen. Morgen müssen diejenigen mit dem Anfangsbuchstaben B erscheinen.

Die jüdischen Geschäfte am 3. Mai.

Der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde wandte sich gestern an das Wojewódzkaamt mit der Bitte, die Genehmigung zu erteilen, daß am 3. Mai die Verkaufsbuden und Lebensmittelgeschäfte in der Zeit von 7 bis 9 Uhr früh geöffnet werden. Die Bitte wird damit begründet, daß auf den 1. und 2. Mai die jüdischen Feiertage fallen, daß am 4. Sonnabend und am 5. Sonntag ist, so daß die Geschäfte während fünf Tagen geschlossen sein müßten. Da die Bevölkerung keine Möglichkeit hätte, sich mit Lebensmitteln einzudecken, müßten die Geschäfte am 3. Mai wenigstens für zwei Stunden geöffnet werden. (p)

Die Bautätigkeit der Kooperativen „Naprzód“.

Den Kampf mit der Wohnungsnot hat bereits vor längerer Zeit die Baukooperative „Naprzód“ aufgenommen. Doch hat diese Kooperative mit großem Kapitalmangel zu kämpfen. Bisher ist ein großes 4stöckiges Gebäude in der Berel-Joselewiczstraße erbaut worden. Dieses Haus, das auf 150 Bewohner berechnet ist, soll im Juni dem Gebrauch übergeben werden. Auch will man die Miete erheblich niedriger halten, wie dies sonst in neuen Häusern üblich ist. Die Kooperative beabsichtigt in der Zukunft noch mehrere Häuser zu erbauen, und zwar sollen im Juni drei Häuser in Angriff genommen werden. Ein Haus soll in der Leszna und zwei andere in der Berel-Joselewiczstraße entstehen. Außerdem hat die Kooperative ein dreistöckiges Haus in der Wysoka 21 in rohem Zustand gekauft. Für Bauzwecke hat die Kooperative in diesem Jahre von der Landeswirtschaftsbank 700 000 Zloty erhalten. Die Kooperative steht außerdem mit einer Auslandsfirma in Unterhandlungen. (p)

Vorläufig keine Auswanderung nach Kanada.

Infolge Erschöpfung des diesjährigen Einwanderungskontingents nach Kanada haben sämtliche Abteilungen des Staatlichen Arbeitsamtes die Annahme weiterer Anmeldungen zur Reise nach Kanada eingestellt. Die Wiederaufnahme der Registrierung von Auswanderern nach diesem Lande erfolgt sofort nach der Festsetzung des neuen Kontingents für Polen durch die kanadische Regierung.

Die elektrische Beleuchtung der Straßen im Jahre 1929.

Der Plan der elektrischen Beleuchtung neuer Straßen im Jahre 1929 umfaßt: 20 Straßen im Wdżewer Stadtteil, 55 Straßen in Baluty und Radogoszcz, 15 Straßen

Erschütternde Tragödie eines Schwindfuchtigen.

Er zog den freiwilligen Tod dem langsamen Siechtum vor.

Vorgestern mittag war das Haus an der Cegielskiana Nr. 9 der Schauplatz eines erschütternden Selbstmordes. Der in diesem Hause wohnhafte 25jährige Fajwel Mamelel litt seit einer Reihe von Jahren an Schwindfucht, die in letzter Zeit sehr weit vorgeschritten war, so daß er auch nicht mehr arbeiten konnte. Als sich Mamelel vorgestern allein in der Wohnung befand, legte er seine Feiertagskleidung an und sprang aus dem Fenster der im dritten Stock gelegenen Wohnung auf den Hof hinab, wo er mit zerschmetterten Gliedern liegen blieb. Durch den dumpfen Fall wurden die Hauseinwohner alarmiert, die dem Unglücklichen zu Hilfe eilten. Mamelel gab zwar noch Lebenszeichen von sich, verstarb jedoch kurze Zeit darauf. In der Wohnung wurde ein Schreiben des Lebensmüden vorgefunden, in dem er mitteilt, daß er wegen seines unheilbaren Leidens aus dem Leben scheide. Mit den Worten „Ich spüre bereits Blut und habe genug dieses Lebens“ schloß Mamelel seinen Abschiedsbrief.

Die Tragödie einer Ehe.

Eine erschütternde Ehe Tragödie spielte sich gestern früh im Hause Nr. 18 in der Luchowitstraße auf Praga ab. Dort wohnt seit einigen Jahren das Ehepaar Stanisław und Marcelina Jabiełski. Der Ehemann, ein Kriegs-

invalid, beschäftigte sich im Bureau der Stadtkassette in Warschau mit der Anfertigung von Bittschriften aller Art und mit dem Verkauf von Stempelmarken. Das Eheleben des jungen Paares war nicht sehr glücklich. Es kam oft zu Streitigkeiten, und zwar angeblich aus dem Grunde, weil Jabiełski seit einiger Zeit öfters angeheitert nach Hause zu kommen pflegte. Auch in der vorvergangenen Nacht war Jabiełski gegen 2 Uhr nachts berauscht heimgekehrt und unausgekleidet zu Bett gegangen. Am Morgen, nachdem die Eheleute vom Schlaf aufgestanden waren, entstand zwischen ihnen ein heftiger Streit, wobei sich die Frau Jabiełski dermaßen aufregte, daß sie ihrem Mann mehrere Schläge verfezte. Um weiteren Auseinandersetzungen zu entgehen, verließ Jabiełski die Wohnung und ging nach der Wohnung seines Nachbarn Markowski, um sich hier zu waschen und zu kämmen und dann seiner Beschäftigung nachzugehen. Plötzlich erschien in der Wohnung der Familie Markowski die Frau Jabiełski und begann wieder einen Streit mit ihrem Mann. Dieser warf sich auf seine Frau und begann sie zu schlagen, worauf die Frau ihm das ganze Gesicht zertrugte. Darauf zog Jabiełski einen Revolver aus der Tasche, gab auf seine Frau sechs Schüsse ab und tötete sie auf der Stelle. Jabiełski wurde sofort in Haft genommen.

in Chojny, sowie elektrische Lichtanlage auf 5 Kilometer der Straßen im Zentrum der Stadt. Insgesamt werden mit elektrischer Lichtanlage versehen werden: in Wdżew gegen 9 Kilometer Straßen, in Baluty und Radogoszcz 16 Kilometer und in Chojny gegen 7 Kilometer. Zusammen also werden in den Vorstädten 32 Kilometer Straßen elektrisch beleuchtet werden. Im Sinne des Vertrages mit dem Elektrizitätswerk werden die Straßen Nowogrodzka (Wdżew), Cegielska, Engla, Sierakowickiego (Baluty), Rzgowska und Teile der Słonka und Łonezna (Chojny) mit Lampen von 500 Watt Stärke versehen werden, d. h. diese Straßen werden ebenso wie die Petrikauerstraße beleuchtet sein. Auch die Kunicera und Niciarniana in Wdżew werden 500-Watt-Lampen erhalten. In der Stadtmitte ist die Beleuchtung der Nawrot, Evangelista, Główna, Sienkiewicza, Orla und Targowa geplant.

Schuppeneimpfung.

Wie von uns bereits angekündigt wurde, wird in den Tagen am 6., 7., 8., 10., 11., 13., 14., 15., 16., 17. und 18. Mai d. J. die unentgeltliche Schuppeneimpfung an denjenigen Kindern vorgenommen, die im Jahre 1928 oder früher geboren, aber bisher noch nicht geimpft worden sind. Die Impfung wird in folgenden 8 Sanitätsämtern durchgeführt: Amt 1 und 8 — Alexandrowka 37, von 8 Uhr früh bis 12 Uhr mittags; Amt 2 — Piramowicza 3; Amt 3 — Jeromskiego 5; Amt 4 — Koperska 19; Amt 5 — Przejazd 86; Amt 6 — Sosnowa 1; Amt 7 — Wolczanska 251, und zwar von 8 bis 10 Uhr früh. Die Befichtigung der Impfen geschieht zu derselben Tageszeit und in denselben Lokalen vom 21. bis zum 25. Mai. Es wird darauf hingewiesen, daß, infolge des bestehenden Impfwanges, Personen, die sich der Impfpflicht entziehen, mit Geldstrafe bis zu 200 Zloty oder Haft bis zu 14 Tagen belegt werden. Von der Pflicht, die Kinder impfen zu lassen, werden die Eltern oder Vormünder von der Gesundheitsabteilung benachrichtigt.

Diebstähle.

Dem Alexandrower Einwohner Hofmann Jirich wurde in der Alexandrower Zufuhrbahn die Brieftasche mit Wertpapieren auf die Summe von 500 Zloty sowie die Militärdokumente gestohlen. — In die Wohnung der Bronislawa Braun drangen Diebe ein und raubten verschiedene Sachen im Werte von 900 Zloty. — In die Wohnung des Antoni Bartczak, Petrikauer 213, drangen ebenfalls Diebe ein und raubten verschiedene Sachen im Werte von 300 Zloty. — Aus dem Sattlergeschäft von Moritz Brügger, Jeromskiego 69, wurde ein Transmissionsriemen im Werte von 326 Zloty gestohlen. — Dem Banddiener Roman Kiliński wurden in der Postfiliale Nr. 4 an der Zachodnia 7/9 459,30 Zloty gestohlen. — Außerdem wurden Wohnungseinbrüche verübt: bei Schmal Weber, Rzgowska 74, wobei Sachen im Werte von 200 Zloty gestohlen wurden; bei Abram Biederman, Ksinskigo 16, wobei der Wert der gestohlenen Sachen 980 Zloty beträgt und bei Josef Kuczyński, Nowomiejska 2, wobei den Dieben Sachen im Werte von 1000 Zloty in die Hände fielen.

Selbstmordversuch.

Im Treppenturm des Hauses Nowomiejska 11 trant der Marian Palzinski in selbstmörderischer Absicht eine größere Menge Karbol. Die herbeigerufene Rettungsbereitschaft überführte den Lebensmüden in lebensgefährlichem Zustande nach dem Radogoszjer Krankenhaus.

Schwerer Sturz von der Treppe.

In der Matejki 3/5 stürzte der 58 Jahre alte Hermann Parasz, wohnhaft Tagowa 39, so unglücklich von der Treppe, daß er sich sehr schwere Verletzungen und eine Gehirnerschütterung zuzog. Die Rettungsbereitschaft erteilte dem Verunglückten Hilfe und brachte ihn nach Hause. — Die Rzgowska 37 wohnhafte 52 Jahre alte Pola Bornstein stürzte in der Poludniowa 40 von der Treppe und trug einen Beinbruch davon. Auch ihr erteilte die Rettungsbereitschaft Hilfe und überführte sie nach dem Polnischen Krankenhaus. (w)

Fette Dividende.

Die Bismarckhütte in Polnisch-Oberschlesien hat im Jahre 1928 einen Ueberschuß von 5 245 642 Zloty erzielt. Der Aufsichtsrat erhält als Lantieme 184 762 Zloty, die Dividende beträgt 10 Prozent. — Und die Herrschaften jammern trotzdem.

Bunter Abend des Kreises der Sängerkreise des Deutschen Kultur- und Bildungsvereins „Fortschritt“.

Zum erstenmal trat der vor kurzem ins Leben getretene Kultur- und Bildungsverein „Fortschritt“ am vergangenen Sonnabend an die Öffentlichkeit. Und zwar veranstaltete der Kreis der Sängerkreise dieses Vereins für Mitglieder und geladene Gäste einen „Bunten Abend“ im Saale an der Wolczanska 129. Es war dies gewissermaßen ein Ausfluß zu den bevorstehenden Arbeiten des Vereins, der es sich zur Aufgabe gestellt hat, das kulturelle und geistige Niveau der deutschen werktätigen Bevölkerung in Polen zu heben. Und es kann mit Freude festgestellt werden, daß diese Veranstaltung unserer Arbeiterkämpfer eine würdige Einleitung für die weitere Tätigkeit des Vereins war. Die gebotenen Darbietungen standen fast ausnahmslos auf einer beachtenswerten Höhe, die Organisation des Abends ließ das Bestreben erkennen, bei unserer Arbeiterkaste die Erkenntnis zu wecken, daß auch sie ein Anrecht darauf hat, am Fortschritt der Kultur teilhaftig zu sein. Der schön dekorierte Saal, die sauber gedeckten und mit Blumen geschmückten Tische machten einen schönen Eindruck. In Handmalerei kunstvoll ausgeführte Programmzettel bereiteten den Geist ernstem Streben.

Nach einer kurzen Begrüßung der Gäste namens des Sängerkreises durch den Stv. Richter hielt Abg. Emil Jerbe die Festansprache, in der er auf die große Bedeutung hinwies, die die Gründung des Kultur- und Bildungsvereins „Fortschritt“ für die deutsche Arbeiterkaste hierzulande hat. Die Arbeiterkaste müsse mit der Entwicklung der Kultur Schritt halten, doch könne sie dies nur dann, wenn sie sich auch bildend und kulturfördernd betätigt. Nach der Ansprache gelangte das reichhaltige Programm zur Abwicklung. Der gemischte sowie der Männerchor, beide Chöre unter Leitung des Gen. Stefan Essenberg, traten mit je zwei Liedern auf. Bei beiden Chören, die bisher bei dem Deutschen Sozialistischen Jugendbund bzw. bei der D. S. A. P. als Sektionen bestanden und sich jetzt dem „Fortschritt“ angeschlossen haben, war eine bedeutende Verbesserung in den Leistungen festzustellen. Die Chöre, besonders der gemischte, verfügten über ein verhältnismäßig gutes Stimmmaterial, so daß sie bei umsichtiger und fachkundiger Leitung auf eine ganz bedeutende Höhe der Sangeskunst gebracht werden könnten. Gen. Karl Manteg erfreute die Anwesenden mit einem Zithervortrag und mit Zitherbegleitung gesungenen Liedern. Die gut gewählten Lieder und seine sympathische Stimme riefen wohlverdienten Beifall hervor. Stv. Richter rezitierte die Gedichte „Am Amboß“ und „Mein letzter Wunsch“. Die packende Vortragweise Richters löste bei den Zuhörern einen nachhaltigen Eindruck aus. Doch nicht nur ernste Sachen waren im Programm enthalten; auch der Humor kam in genügender Weise zur Geltung. Einige humorisprühende Couplets fanden durch den Stv. Richter eine glänzende Wiedergabe. Der zum Schluß aufgeführte Schwanke fand bei der Mehrzahl der Anwesenden guten Anklang. Auch wurde recht flott gespielt. Doch wäre es geboten, bei derartigen Anlässen eine bessere Wahl der Stücke zu treffen.

Inzwischen hatte im Festsaal eine gehobene, feistliche Stimmung Platz gegriffen. Man freute sich, im Kreise Gleichgestimmter einige fröhliche, anregende Stunden verbringen zu können und blieb darum recht gern noch einige Stunden beisammen.

Verantwortlicher Schriftleiter: Armin Jerbe; Herausgeber: Ludwig Aut; Druck: „Prasa“, Lodz, Petrikauer 101.

im großen und mächtigen Meisterfilm

Der Film illustriert die Abenteuer einer „göttlichen“ Kabarett-Diva mit ihrem hinreichenden Geliebten, welche Rolle ihr ständiger Partner

LARS HANSON *†reiert.*

Sinfonieorchester
unter Leitung von **E. Kantor.**

Nächstes Programm: „Rache, Bojazzo“ mit Lon Chaney.

Milvina
